



Allgemeine Wahlordnung von Volt Deutschland

16. November 2025

24e544da-a382-11ee-aab7-027c3fa0aeef / 1

Letzte Änderung vom 16.11.2025
Geändert durch: 15. Ordentlicher Bundesparteitag
Dokument erstellt am 09.02.2026

Volt Deutschland
Bundesverband
Schwedter Str. 1, 10119 Berlin

voltdeutschland.org
info@voltdeutschland.org

Inhaltsverzeichnis

A Allgemeines	3
§ 1 – Geltungsbereich	3
§ 2 – Abweichungsbefugnis auf Landes- und Kommunalebene	3
§ 3 – Ankündigung und Einladung	3
§ 4 – Geheime Wahlen	4
§ 5 – Offene Abstimmung	4
§ 6 – Stimmzettel	4
§ 7 – Wahlkommission	4
§ 8 – Durchführung der Wahl	5
§ 9 – Vorschlagsrecht	5
§ 10 – Fristen	5
§ 11 – Stimmberechtigung / Aktives Wahlrecht	6
§ 12 – Passives Wahlrecht	6
§ 13 – Vorstellung	7
§ 14 – Nachwahlen	7
§ 15 – Geschlechterbestimmung	7
§ 16 – Wahlanfechtung	8
§ 17 – Nichtigkeit von Wahlen	8
§ 18 – Wiederholung von Wahlen	8
B Einzelwahlen und Wahlen von gleichartigen Ämtern	10
§ 19 – Anwendbarkeit und Durchführung der Einzelwahl	10
§ 20 – Wahlen von gleichartigen Ämtern	10
C Aufstellung von Wahlbewerber*innen für staatliche Wahlen	12
§ 21 – Allgemeine Bestimmungen	12
§ 22 – Vereinfachtes Wahlverfahren	12
§ 22a – Einzelwahl für Listenplätze	12
§ 23 – Durchführung der Wahlgänge	13
§ 24 – Bestimmung der Listenplätze	13
§ 25 bis 27 – weggefallen	14
D Wahlen des Bundesvorstandes	15
§ 28 – Geltungsbereich	15
§ 29 – Reihenfolge der Wahl, Vorstellung und Zusammenfassung der Wahlen	15
§ 30 – Kandidatur	15
§ 31 – Wahl der Vorsitzenden	15
§ 32 – Wahl des/der Schatzmeister*in	16
§ 33 – Stellvertretende Vorsitzende	16
§ 34 – Sonderfall	17
E Wahlen des Schiedsgerichts	18
§ 35 – Wahlen des Schiedsgerichts	18
F Wahl der Delegierten	19
§ 36 – Allgemeines	19
§ 37 – Anzahl der zu wählenden Delegierten	19
§ 38 – Wahl der Delegierten	19
§ 39 bis 41 – weggefallen	20

A | Allgemeines

§ 1 – Geltungsbereich

- (1) ¹Diese Wahlordnung ist Teil der Satzung von Volt Deutschland (Partei).
- (2) ¹Sie gilt für jedwede Versammlung, die von der Partei einschließlich ihrer Gebietsverbände abgehalten wird. ²Soweit staatliches Wahlrecht nicht entgegensteht, findet diese Wahlordnung auch auf solchen Versammlungen Anwendung, die der Aufstellung von Kandidat*innen zu staatlichen Wahlen dienen.

§ 2 – Abweichungsbefugnis auf Landes- und Kommunalebene

- ¹Landes- und untere Gebietsverbände können in ihrer Satzung von den Bestimmungen dieser Wahlordnung abweichen oder ihre Anwendung vollständig ausschließen.
- ²Landesverbände können dabei die Abweichungsbefugnis der unteren Gebietsverbände nach Satz 1 nicht einschränken.

§ 3 – Ankündigung und Einladung

- (1) ¹Die Wahl von
1. Mitgliedern des Vorstandes des Bundesverbandes sowie der Gebietsverbände
 2. Mitgliedern der Schiedsgerichte
 3. Rechnungsprüfer*innen
 4. Kandidat*innen für öffentliche Ämter und staatliche Wahlen
 5. Delegierten für Vertreter*innenversammlungen
- ¹kann nur durchgeführt werden, soweit sie zuvor in einer vorläufigen Tagesordnung angekündigt wurde. ²Dies gilt nicht für die erstmalige und unmittelbare Besetzung von Ämtern und Funktionen, die erst auf der Versammlung durch eine Satzungsänderung geschaffen werden.
- (2) ¹Diese Ankündigung muss den Versammlungsteilnehmer*innen mit angemessenem Vorlauf, wenigstens aber fünf Werktage vor der Versammlung zugehen, soweit die Satzung oder gesetzliche Vorschriften nicht eine längere Frist vorsehen.
- (3) ¹Zuständig für die Ankündigung ist der Vorstand des Bundesverbandes oder des Gebietsverbandes, in dessen Verantwortungsbereich die betreffende Versammlung fällt.
- (4) ¹Die Ankündigung und Einladung zu Aufstellungsversammlungen für Kandidat*innen für staatliche Wahlen erfolgt durch den Vorstand des niedrigsten Gebietsverbandes, der das Wahlgebiet vollständig umfasst. ²Existiert ein solcher nicht, so erfolgt die Einladung durch den Bundesvorstand.
- (5) ¹Ankündigungen und Einladungen nach diesem Paragraphen erfolgen per E-Mail; genaueres regelt § 6 Absatz 3 der Satzung.

§ 4 – Geheime Wahlen

Wahlen sind geheim, sofern die Satzungen von Volt Deutschland oder ihrer Gebietsverbände nicht ausdrücklich eine offene Wahl zulassen oder vorschreiben, sowie stets, wenn dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

§ 5 – Offene Abstimmung

- (1) ¹Über die Besetzung der folgenden Ämter und Funktionen, Positionen und Gremien kann im Wege einer offenen Wahl per Handzeichen abgestimmt werden, soweit sich aus der Versammlung kein Widerspruch erhebt:
- ¹a) Versammlungsleitung ²b) Schriftführer*innen ³c) Zählkommission ⁴d) Rechnungsprüfer*innen ⁵e) Vertrauenspersonen für die Einreichung von Wahlvorschlägen ⁶f) Unterzeichner*innen von Wahlvorschlägen, die die Einhaltung der Wahlgesetze und Wahlordnungen eidesstattlich versichern
- (2) ¹Erhebt ein stimmberechtigtes Versammlungsmitglied Widerspruch gegen eine offene Abstimmung, so beschließt die Versammlung in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit darüber, ob die Abstimmung offen oder geheim durchzuführen ist. ²Für Online-Parteitage gilt § 4 Abs. 2 der Online-GO.

§ 6 – Stimmzettel

- (1) ¹Alle Stimmzettel müssen ausnahmslos einheitlich gestaltet sein. ²Bei mehreren Wahlgängen gilt dies für den jeweiligen Wahlgang entsprechend.
- (2) ¹Geringfügige Abweichungen sind unschädlich, soweit sie unmittelbar aus den zur Verfügung stehenden technischen Gegebenheiten folgen. ²Die Organisatoren*innen der Versammlung sollen Vorkehrungen treffen, um die hinreichende Einheitlichkeit der Stimmzettel technisch gewährleisten zu können.
- (3) ¹Ein Stimmzettel, aus dem der Wille des*der Abstimmenden nicht eindeutig hervorgeht, ist ungültig. ²Über die Ungültigkeit entscheidet die Versammlungsleitung gemeinsam mit der Leitung der Zählkommission mit einfacher Mehrheit. ³Sind die Stimmzettel zu einer Abstimmung mit einem besonderen Merkmal versehen, ist jeder Stimmzettel, dem dieses Merkmal fehlt, ebenfalls ungültig.
- (4) ¹Die Verwendung von Zählgeräten ist zulässig. ²Sie ist von der Versammlung zu beschließen.

§ 7 – Wahlkommission

- (1) ¹Zur Vorbereitung von Wahlen auf dem Bundesparteitag ernannt der Bundesvorstand eine Wahlkommission, bestehend aus mindestens drei Mitgliedern.
- (2) ¹Die Wahlkommission hat sicherzustellen, dass allen Wahlbewerber*innen die Möglichkeit geboten wird, sich bereits vor dem Parteitag über digitale Medien den Stimmberechtigten vorzustellen. ²Über die Art und Weise der Vorstellung und die Ausübung ihrer Tätigkeit entscheidet die Wahlkommission nach freiem Ermessen.

- (3) ¹Zur Ausübung ihrer Tätigkeit kann die Wahlkommission den Wahlbewerber*innen eine Frist setzen, bis zu der die Wahlbewerber*innen ihre Kandidatur zu erklären haben, um die angebotenen Vorstellungsmöglichkeiten vollumfänglich nutzen zu können.
- (4) ¹Bei der Ausübung ihrer Tätigkeit sind die Mitglieder der Wahlkommission zur Neutralität und zur Gleichberechtigung aller Wahlbewerber*innen verpflichtet.
- (5) ¹Mitglieder der Wahlkommission können nicht zeitgleich ein satzungsmäßiges Amt des Bundesverbandes oder eines Gebietsverbandes ausüben oder zu diesen in einem Dienstverhältnis stehen.
- (6) ¹Die Absätze 1 bis 4 gelten für Landesverbände entsprechend, soweit sich aus ihren Satzungen nicht etwas Anderweitiges ergibt.

§ 8 – Durchführung der Wahl

- (1) ¹Die Versammlungsleitung ist für die Durchführung der Wahlen zuständig. ²Sie kann zur Unterstützung eine Zählkommission, bestehend aus einem/einer Leiter*in und mindestens zwei weiteren Personen, vorschlagen, welche von der Versammlung per Handzeichen durch einfache Mehrheit bestätigt werden muss.
- (2) ¹Für die Durchführung der Wahl der Versammlungsleitung ist der die Versammlung einberufende Vorstand, ist dieser nicht vertreten der/die älteste Teilnehmer*in der Versammlung zuständig.
- (3) ¹Während der Wahlgänge dürfen keine Wahlbewerber*innen der Versammlungsleitung oder der Zählkommission angehören. ²Schriftführer*innen sind von der Regelung nach Satz 1 ausgenommen.

§ 9 – Vorschlagsrecht

- (1) ¹Bei der Aufstellung von Kandidat*innen zu staatlichen Wahlen ist jede*r stimmberechtigte Teilnehmer*in der Versammlung vorschlagsberechtigt, soweit keine gesetzliche Regelung entgegensteht.
- (2) ¹Für alle übrigen Wahlen folgt das Vorschlagsrecht dem Antragsrecht.
- (3) ¹Das Vorschlagsrecht umfasst das Recht, sich selbst für eine Wahl vorzuschlagen.

§ 10 – Fristen

- (1) ¹Bei der Aufstellung von Kandidat*innen zu staatlichen Wahlen entscheidet die Versammlung im Beschlusswege über den Schluss des Bewerbungszeitraumes. ²Das Recht der Stimmberechtigten, noch auf der Versammlung selbst Wahlvorschläge einzureichen, darf dadurch nicht unangemessen eingeschränkt werden.
³Wahlvorschläge sind vor dem Beginn der Versammlung beim zuständigen Vorstand oder bei einer für die Versammlung eingesetzten Wahlkommission, nach Beginn der Versammlung bei der Versammlungsleitung einzureichen.
- (2) ¹Für alle übrigen Wahlen auf Parteitagungen oder Mitgliederversammlungen gelten die Fristen für Anträge entsprechend, soweit und wie sie sich aus den jeweiligen

Geschäftsordnungen ergeben. ²Die Wahlvorschläge sind an den jeweiligen Vorstand oder die zuständige Wahlkommission zu richten.

(3) ¹Die Fristen nach Abs. 2 gelten nicht

1. für Wahlen auf der Gründungsversammlung eines Gebietsverbandes.
2. für Wahlen im Sinne des § 3 Absatz 1 Satz 2, es sei denn, dass die Satzungsänderung lediglich die Anzahl der zur Verfügung stehenden Ämter gleicher Art betrifft.
3. für Wahlen zu den in § 5 Abs. 1 genannten Gremien, Ämtern und Funktionen.
4. wenn die Versammlung im Wege eines Antrages zur Geschäftsordnung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen beschließt, auch noch auf der Versammlung selbst Wahlvorschläge zuzulassen.

(4) ¹In diesen Fällen entscheidet die Versammlung im Beschlusswege über den Schluss des Bewerbungszeitraumes.

§ 11 – Stimmberechtigung / Aktives Wahlrecht

- (1) ¹Stimmberechtigt sind alle bei der Versammlung anwesenden Mitglieder von Volt Deutschland. ²Finden Wahlen auf Ebene eines Gebietsverbandes statt, so sind nur die Mitglieder des jeweiligen Gebietsverbandes wahlberechtigt. ³Bei Vertreterversammlungen sind abweichend von Satz 1 nur die ordnungsgemäß gewählten Delegierten stimmberechtigt.
- (2) ¹Auf Aufstellungsversammlungen für die Wahl von Kandidat*innen zu Volksvertretungen sind nur die Mitglieder von Volt Deutschland stimmberechtigt, die die Voraussetzungen der für die entsprechende Wahl relevanten Wahlgesetze und -ordnungen erfüllen.
- (3) ¹Abweichendes kann in Bezug auf Aufstellungsversammlungen für die Wahl von Kandidat*innen zu kommunalen Vertretungskörperschaften beschlossen werden, die die Aufstellung einer gemeinsamen Liste mit einer anderen Partei oder Wählergruppierung zum Ziel hat.

§ 12 – Passives Wahlrecht

- (1) ¹Passiv wahlberechtigt sind, soweit die Satzung oder die anwendbaren Gesetze nicht etwas Abweichendes bestimmen,
1. bei Wahlen auf Bundesebene grundsätzlich alle Mitglieder von Volt Deutschland.
 2. auf Ebene der Gebietsverbände, Landes- und unteren Gebietsverbände die Mitglieder dieser Gebietsverbände.
- (2) ¹Bei Aufstellungsversammlungen für Wahlen zu öffentlichen Ämtern sind alle Mitglieder von Volt Deutschland passiv wahlberechtigt, denen nach den anwendbaren Gesetzen und Verordnungen das passive Wahlrecht für die jeweilige Wahl zukommt.
- (3) ¹Bei der Aufstellung für Wahlen zu öffentlichen Ämtern auf kommunaler Ebene kann die Aufstellungsversammlung beschließen, auch Nichtmitgliedern das passive

Wahlrecht zuzusprechen, soweit dies nicht gesetzlich ausgeschlossen ist. ²Im Falle der Aufstellung von kommunalen Listen darf die Anzahl der Nichtmitglieder auf der Liste jene der Mitglieder nicht überschreiten. ³Sind auf einer Liste nach Abschluss der Wahl mehr Nichtmitglieder als Mitglieder vertreten, so sind, beginnend vom Ende der Liste, solange Nichtmitglieder von der Liste zu streichen bis die Voraussetzung des Satz 2 erfüllt ist. ⁴Ausnahmen des Grundsatzes nach Satz 2 sind im Zuge der Aufstellung gemeinsamer Listen mit anderen Parteien oder Wählergruppen zulässig.

§ 13 – Vorstellung

- (1) ¹Allen Wahlbewerber*innen ist vor dem ersten Wahlgang die Möglichkeit einzuräumen, sich der Versammlung in angemessener Zeit vorzustellen. ²Die maximale Dauer der Vorstellung wird vor Beginn der ersten Vorstellung von der Versammlung auf Vorschlag der Versammlungsleitung beschlossen. ³Bei Wahlen von Mitgliedern des Vorstandes des Bundesverbandes oder eines Gebietsverbandes darf die maximal zulässige Vorstellungszeit fünf Minuten, bei der Aufstellung von Kandidat*innen zu staatlichen Wahlen fünf Minuten pro Wahlbewerber*in nicht unterschreiten.
- (2) ¹Bewirbt sich ein*e Wahlbewerber*in hilfsweise auf ein weiteres Amt, so hat er*sie nur einmal die Möglichkeit, sich vorzustellen.
- (3) ¹Ein*e Wahlbewerber*in, der/die nicht auf der Versammlung anwesend sein kann, hat die Möglichkeit, sich per Video- oder Audiobotschaft (in Echtzeit oder als Aufnahme) vorzustellen, sofern die Möglichkeit auf der Versammlung technisch gegeben ist. ²Der Vorstand des jeweiligen Gebietsverbandes hat darauf hinzuwirken, dass diese Möglichkeit besteht.
- (4) ¹Die Vorstellung der Wahlbewerber*innen erfolgt in alphabetischer Reihenfolge des Nachnamens. ²Bei übereinstimmenden Nachnamen entscheidet der Vorname. ³Bei übereinstimmendem Vor- und Nachnamen entscheidet das Los.
- (5) ¹Absatz 1 gilt nicht für die Wahl der Versammlungsleitung, der Zählkommission, der Vertrauenspersonen für die Einreichung von Wahlvorschlägen und der Unterzeichner*innen des Wahlvorschlags, die die Einhaltung der Wahlgesetze und Wahlordnungen eidesstattlich versichern.

§ 14 – Nachwahlen

- (1) ¹Für Nachwahlen von vakant gewordenen Ämtern gelten die gleichen Bestimmungen wie für die Wahlen, soweit die Satzung nicht etwas Abweichendes bestimmt. ²Die Versammlung kann auf Vorschlag der Versammlungsleitung vor Beginn des ersten für eine Nachwahl durchzuführenden Wahlgangs beschließen, von Satz 1 abweichend in Einzelwahl nach § 19 dieser Wahlordnung zu wählen.
- (2) ¹Die nachgewählten Personen führen ihr Amt nur für den verbleibenden Rest der jeweiligen Amtszeit.

§ 15 – Geschlechterbestimmung

Wenn in der Satzung auf das Geschlecht einer Person abgestellt wird, kommt es nicht auf die personenstandsrechtliche Zuordnung, sondern auf die erklärte Geschlechtsidentität an, soweit zwingend anzuwendendes staatliches Recht nicht entgegensteht.

§ 16 – Wahlanfechtung

- (1) ¹Eine Wahl ist anfechtbar, sofern ein Anfechtungsgrund nach dieser Wahlordnung vorliegt. ²In der Anfechtungserklärung sind die Gründe für die Anfechtung sowie entsprechende Beweismittel konkret zu bezeichnen. ³Der Vortrag hat schriftlich zu erfolgen.
- (2) ¹Anfechtungsgründe sind Verstöße gegen die Satzung von Volt Deutschland oder ihren Gebietsverbänden, insbesondere auch dieser Wahlordnung, gegen staatliches Wahlrecht, Parteienrecht oder Verfassungsrecht.
- (3) ¹Erfolgreich ist eine Anfechtung ausschließlich in Fällen, in denen der angebliche Rechtsverstoß den Ausgang der angefochtenen Wahl beeinflussen haben könnte.
- (4) ¹Die Anfechtung erfolgt gegenüber dem zuständigen Schiedsgericht. ²Näheres regelt die Schiedsgerichtsordnung.

§ 17 – Nichtigkeit von Wahlen

- (1) ¹Der zuständige Vorstand muss Neuwahlen anordnen, wenn
 1. ein Nichtmitglied gewählt worden ist – satzungsmäßige Ausnahmen für kommunale Wahlen bleiben davon unberührt.
 2. jemand in ein Parteiamt gewählt wurde, obwohl das zuständige Schiedsgericht entschieden hat, dass er oder sie dieses Amt nicht bekleiden darf.
 3. der oder die Gewählte einer anderen politischen Partei, Jugendorganisation oder Gruppe, Fraktion oder einer Vereinigung angehört, die darauf abzielt, eine politische Partei zu werden oder für sie kandidiert; satzungsmäßige Ausnahmen in Bezug auf kommunale Wahlen bleiben davon unberührt.
 4. nicht geheim gewählt wurde, obwohl geheime Wahl satzungsmäßig vorgeschrieben ist.
 5. die Wahl unter Drohung mit Gewalt durchgeführt wurde.
- (2) ¹Gegen die Entscheidung des zuständigen Vorstandes nach Absatz 1 steht jedem bei der jeweiligen Wahl stimmberechtigten Parteimitglied der Rechtsweg zum zuständigen Schiedsgericht offen. ²Näheres regelt die Schiedsgerichtsordnung.

§ 18 – Wiederholung von Wahlen

- (1) ¹Erhält für ein satzungsgemäß vorgeschriebenes Amt oder eine Funktion kein*e Wahlbewerber*in die notwendige Mehrheit, so kann die Versammlung beschließen, die Wahl für dieses Amt oder diese Funktion zu wiederholen.

- (2) ¹Für die Wiederholung der Wahl gelten die Fristen für Wahlvorschläge nach § 10 nicht.
- (3) ¹Erhält auch bei der Wiederholung der Wahl kein*e Wahlbewerber*in die erforderliche Mehrheit, so bleibt das betroffene Amt bis zur nächsten Versammlung unbesetzt. ²Satz 1 gilt nicht für die Wahl von Ämtern, die gesetzlich zwingend vorgeschrieben sind. ³In diesem Fall wird die Wahl wiederholt bis ein*e Kandidat*in die erforderliche Mehrheit erhält.

B | Einzelwahlen und Wahlen von gleichartigen Ämtern

§ 19 – Anwendbarkeit und Durchführung der Einzelwahl

- (1) ¹Wahlen werden grundsätzlich als Einzelwahlen nach diesem Paragraphen durchgeführt, sofern in der Satzung nichts Anderweitiges bestimmt oder gesetzlich nicht etwas Anderes vorgeschrieben ist.
- (2) ¹Mehrere Einzelwahlen können gemeinsam durchgeführt werden, wenn sich auf die jeweiligen Ämter jeweils nur eine Person bewirbt oder wenn sich keine Personen auf mehr als eines der betroffenen Ämter - auch hilfsweise - bewerben.
- (3) ¹Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer die absolute Mehrheit der gültigen abgegebenen Stimmen erhält. ²Bei Einzelwahlen mit zwei oder mehr Wahlbewerber*innen sind Nein-Stimmen ungültig.
- (4) ¹Erhält kein*e Wahlbewerber*in die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen, so findet ein weiterer Wahlgang statt, in dem nur die beiden Wahlbewerber*innen antreten, die im ersten Wahlgang die meisten gültigen abgegebenen Stimmen erhalten haben (zweiter Wahlgang). ²Erreichen mehr als zwei Personen die meisten Stimmen im ersten Wahlgang, so nehmen sie alle, erreichen zwei oder mehr Personen die zweitmeisten Stimmen im ersten Wahlgang, so nehmen sie zusätzlich zu dem*der Erstplatzierten am zweiten Wahlgang teil.
- (5) ¹Im zweiten Wahlgang ist gewählt, wer die einfache Mehrheit der gültigen abgegebenen Stimmen erhält. ²Bei Stimmengleichheit findet eine Stichwahl zwischen den Wahlbewerber*innen mit Stimmengleichheit statt. ³Die Stichwahl ist zu wiederholen, bis eine*r der Kandidat*innen die einfache Mehrheit der gültigen abgegebenen Stimmen erhält.
- (6) ¹Bei Einzelwahlen mit nur einem/einer Wahlbewerber*in stimmen die Stimmberechtigten mit Ja oder Nein. ²In diesem Fall ist der/die Wahlbewerber*in gewählt, soweit er/sie mehr Ja- als Nein-Stimmen erhält.
- (7) ¹Stimmenthaltungen sind bei der Bestimmung der Mehrheiten nach den Abs. 3 bis 6 nicht zu berücksichtigen.

§ 20 – Wahlen von gleichartigen Ämtern

- (1) ¹Bei Wahlen zu mehreren gleichartigen Ämtern, bei denen nach der Satzung nicht ein Teil dieser Ämter von Personen mit bestimmten persönlichen Eigenschaften oder Voraussetzungen zu besetzen ist, können Wahlen auch als verbundene Einzelwahl nach den Absätzen 2 bis 5 durchgeführt werden. ²Hierüber entscheidet die Versammlung auf Vorschlag der Versammlungsleitung per Beschluss mit einfacher Mehrheit.
- (2) ¹Die Stimmberechtigten haben so viele Stimmen zur Verfügung wie Ämter zu besetzen sind. ²Es müssen nicht alle Stimmen vergeben werden.
- (3) ¹Die Wahlbewerber*innen sind in absteigender Reihenfolge der erhaltenen Stimmen gewählt, bis alle offenen Positionen besetzt sind.

- (4) ¹Stimmt die Anzahl der Wahlbewerber*innen mit der Anzahl der zu besetzenden Ämter überein, so stimmt die Versammlung über alle Wahlbewerber*innen jeweils mit Ja oder Nein ab. ²Die Wahlbewerber*innen sind jeweils gewählt, wenn sie mehr Ja- als Nein-Stimmen erhalten. ³Diese Abstimmung kann offen durchgeführt werden, soweit nicht gesetzlich oder in der Satzung eine geheime Wahl vorgeschrieben ist. ⁴Diese Wahl kann in gemeinsamer Abstimmung über alle Wahlbewerber*innen erfolgen.

C | Aufstellung von Wahlbewerber*innen für staatliche Wahlen

§ 21 – Allgemeine Bestimmungen

- (1) ¹Kandidat*innen für staatliche Wahlen werden gemäß § 19 in Einzelwahlen gewählt, es sei denn, die Satzung von Volt Deutschland oder eines Gebietsverbands legt etwas Abweichendes fest.
- (2) ¹Das in den §§ 23 und 24 beschriebene Wahlverfahren findet Anwendung bei der Aufstellung von Wahllisten für Wahlen zum Europäischen Parlament, Deutschen Bundestag, zu Landtagen, dem Abgeordnetenhaus Berlin, der Bremer und Hamburger Bürgerschaft sowie kommunalen Vertretungskörperschaften, sofern das Wahlrecht die Aufstellung von Kandidierenden in Form einer Liste erfordert und der zuständige Gebietsverband keine abweichenden Regelungen trifft.
- (3) ¹Sofern keine anderslautenden staatlichen Vorschriften entgegenstehen dürfen Wahlvorschläge vom Vorstand des niedrigsten Gebietsverbands unterzeichnet werden, der das gesamte Wahlgebiet umfasst. ²Ist kein solcher vorhanden, ist der Bundesvorstand zur Unterzeichnung berechtigt.
- (4) ¹Volt Deutschland oder ihre Gebietsverbände können bei Wahlen zu Landtagen oder kommunalen Vertretungskörperschaften gemeinsame Listen mit anderen Parteien oder Wähler*innengruppen aufstellen, sofern deren Grundwerte und Ziele mit denen von Volt Deutschland vereinbar sind und eine eigene Liste nicht sinnvoll erscheint. ²Die Entscheidung über eine gemeinsame Liste trifft der zuständige untere Gebietsverband oder, falls nicht vorhanden, der zuständige Landesverband.

§ 22 – Vereinfachtes Wahlverfahren

- ¹Wenn für eine Wahl weniger als sieben Kandidat*innen antreten, kann die Aufstellungsversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschließen, ein abweichendes Wahlverfahren anstelle der in §§ 23 und 24 festgelegten Verfahren durchzuführen. ²Dabei muss die entstehende Liste so beschaffen sein, dass keine Bewerber*innen des gleichen Geschlechts aufeinanderfolgen, solange Kandidat*innen unterschiedlichen Geschlechts zur Verfügung stehen.

§ 22a – Einzelwahl für Listenplätze

- (1) ¹Vor Beginn des ersten Wahlgangs kann die Versammlung beschließen, eine beliebige, aber feste Anzahl an Plätzen von Beginn der Liste ab in Einzelwahl nach § 19 zu vergeben.
- (2) ¹Für den jeweiligen Listenplatz kandidieren alle Bewerber*innen, die ihre Kandidatur nicht auf einen weiter hinten gelegenen Listenplatz begrenzt haben und, mit Ausnahme des ersten Platzes, die nicht von der in § 23 Abs. 2 beschriebenen Liste stammen, der die Person auf dem vorangegangenen Platz angehört.

- (3) ¹Anschließend erfolgt die Wahl der restlichen Listenplätze mit allen nicht bereits gewählten Kandidat*innen sinngemäß nach dem in §§ 23 und 24 beschriebenen Wahlverfahren. ²Der zweite Wahlgang nach § 23 Abs. 4 sowie die Verteilung nach § 24 Abs. 4 und 5 entfällt, es wird abweichend von § 23 Abs. 6 Satz 1 die Person auf den ersten Platz der restlichen Liste gesetzt, welche auf den ersten Platz jener Vorabliste gewählt wurde, der die Person, die zuletzt nach diesem Paragraphen in Einzelwahl gewählt wurde, nicht angehört.

§ 23 – Durchführung der Wahlgänge

- (1) ¹Die Wahl erfolgt geheim in zwei Wahlgängen.
- (2) ¹Im ersten Wahlgang erhalten die stimmberechtigten Personen zwei Wahllisten. ²Kandidat*innen können festlegen, ab welchem Listenplatz der Gesamtliste sie wählbar sein möchten. ³Auf diesen Listen sind die weiblichen und diversen (Liste 1) sowie die männlichen und diversen (Liste 2) Kandidat*innen aufgeführt. ⁴Dabei sind die Kandidat*innen zunächst nach dem Listenplatz, ab dem sie berücksichtigt werden möchten, und anschließend in alphabetischer Reihenfolge zu sortieren. ⁵Kandidat*innen mit diversem Geschlecht dürfen frei wählen, auf welcher der beiden Listen sie antreten möchten.
- (3) ¹Die stimmberechtigten Personen können im ersten Wahlgang für jede*n Kandidat*in eine ganze Punktzahl zwischen null und zehn vergeben, wobei keinem Kandidat*innen mehr als eine Punktzahl zugeordnet werden darf und beliebig vielen Kandidat*innen keine Punktzahlen zugeteilt werden können. ²Abweichend von Satz 1 können die stimmberechtigten Personen, im Falle dass weniger als 15 Kandidierende auf einer Wahlliste gelistet sind, nur eine Punktzahl zwischen null und fünf vergeben.
- (4) ¹Der zweite Wahlgang wird als Einzelwahl gemäß § 19 zwischen den jeweils erstplatzierten Bewerber*innen der nach § 24 Abs. 2 entstandenen vorläufigen Listen durchgeführt. ²Dabei sind § 24 Abs. 3 bis 5 zu beachten.

§ 24 – Bestimmung der Listenplätze

- (1) ¹Bewerber*innen, die im ersten Wahlgang auf mindestens der Hälfte der abgegebenen Wahllisten, auf denen für den*die jeweilige*n Bewerber*in eine Punktzahl vergeben wurde, die Punktzahl null erhalten haben, werden bei der Erstellung der vorläufigen Listen gemäß Abs. 2 nicht berücksichtigt und sind für die Gesamtliste nicht zugelassen.
- (2) ¹Zur Bestimmung der Listenplätze auf den vorläufigen Listen wird für jeden Listenplatz der folgende Prozess durchgeführt:
- ¹a) Bei sämtlichen Bewerber*innen der entsprechenden Wahlliste, die noch keinen Listenplatz auf der vorläufigen Liste erhalten haben, wird der Mittelwert der jeweils auf Stimmzetteln abgegebenen Punktzahlen bestimmt. ²Nicht abgegebene Punktzahlen bei einzelnen Bewerber*innen werden bei der Berechnung des Mittelwerts nicht berücksichtigt. ³b) Die beiden Bewerber*innen mit den höchsten Mittelwerten werden direkt miteinander verglichen. ⁴Dabei wird ermittelt, wie häufig die beiden Bewerber*innen eine höhere Punktzahl erhalten haben als der jeweils andere. ⁵Der*Die

Bewerber*in, der*die häufiger eine höhere Punktzahl erhalten hat, wird für den Listenplatz gewählt. ⁶c) Bei Gleichstand von drei oder mehr Bewerber*innen mit demselben Mittelwert werden die zwei Bewerber*innen direkt verglichen, die die höchste Anzahl der abgegebenen höchsten Punktzahlen erhalten haben, die nicht bei den Bewerber*innen gleich ist. ⁷Bei Gleichstand von zwei Bewerber*innen im direkten Vergleich entscheidet die jeweilige Anzahl der abgegebenen höchsten Punktzahl, die nicht bei beiden Bewerber*innen gleich ist. ⁸d) Bei Gleichstand von zwei oder mehr Bewerber*innen in sämtlichen Bewertungen entscheidet das Los, welches offen durch die Versammlungsleitung gezogen wird. ⁹e) Ist nur noch ein*e Bewerber*in nicht auf einer vorläufigen Liste gewählt, wird diese*r Bewerber*in auf den letzten Listenplatz der jeweiligen vorläufigen Liste gesetzt.

- (3) ¹Sollte nach der Bildung der vorläufigen Listen gemäß Abs. 1 und 2 eine vorläufige Liste keine Bewerber*innen enthalten, entfällt der zweite Wahlgang. ²Die jeweils andere vorläufige Liste gilt als Gesamtliste, wobei die Liste gegebenenfalls so angepasst wird, dass der von den Bewerber*innen festgelegte Listenplatz, ab dem sie kandidieren möchten, berücksichtigt wird, sofern dies möglich ist.
- (4) ¹Sofern der*die erstplatzierte Bewerber*in auf den vorläufigen Listen nicht für sämtliche Listenplätze kandidiert tritt, sofern notwendig, im 2. Wahlgang stattdessen der*die nächstbeste Bewerber*in der jeweiligen vorläufigen Liste an, auf den*die das zutrifft.
- (5) ¹Wenn auf beiden vorläufigen Listen Kandidierende verzeichnet sind, wird der zweite Wahlgang in jedem Fall durchgeführt und gegebenenfalls wird der von den Bewerber*innen festgelegte Listenplatz, ab dem sie kandidieren möchten, nicht beachtet. ²Hierbei werden niedrigere festgelegte Listenplätze zuerst nicht beachtet.
- (6) ¹Für die Erstellung der Gesamtliste wird der*die gemäß § 23 Abs. 4 gewählte Bewerber*in auf den ersten Platz gesetzt. ²Die folgenden Plätze werden abwechselnd nach vorläufigen Listen gemäß Abs. 2 besetzt, wobei der von den Bewerber*innen festgelegte Listenplatz, ab dem sie kandidieren möchten, berücksichtigt wird, sofern dies möglich ist. ³Hierbei werden niedrigere festgelegte Listenplätze zuerst nicht beachtet. ⁴Ist eine vorläufige Liste erschöpft, folgen die Bewerber*innen der anderen vorläufigen Liste.
- (7) ¹Die Aufstellungsversammlung kann vor dem ersten Wahlgang beschließen, abweichend von Abs. 6 die Gesamtliste zu beenden, sobald eine der vorläufigen Listen erschöpft ist. ²Weiterhin kann sie vor dem ersten Wahlgang festlegen, die Liste nach einer bestimmten Anzahl von Plätzen zu beenden.
- (8) ¹Sofern auf einer der Wahllisten nach § 23 Abs. 2 nur ein*e Bewerber*in gelistet ist, wird abweichend von § 23 Abs. 2 für diese Liste eine Einzelwahl gemäß § 19 durchgeführt.

§ 25 bis 27 – weggefallen

D | Wahlen des Bundesvorstandes

§ 28 – Geltungsbereich

- (1) ¹Die Vorschriften der §§ 29 bis 33 gelten für die Wahlen des Bundesvorstands auf dem Bundesparteitag. ²Die Regelungen der §§ 1 bis 18 gelten ergänzend.
- (2) ¹Landes- und untere Gebietsverbände können in ihrer Satzung für die Wahl des jeweiligen Vorstandes die Geltung des in den §§ 29 bis 33 geregelten Wahlverfahrens anordnen.

§ 29 – Reihenfolge der Wahl, Vorstellung und Zusammenfassung der Wahlen

- (1) ¹Die Ämter des Vorstandes werden in folgender Reihenfolge gewählt:
1. Die Vorsitzenden
 2. Der/die Schatzmeister*in
 3. Die stellvertretenden Vorsitzenden
- (2) ¹Die Wahlgänge für die verschiedenen Ämter können gemeinsam durchgeführt werden, soweit sich keine*r der Wahlbewerber*innen (hilfsweise) auf mehrere der betroffenen Ämter bewirbt.
- (3) ¹Die Vorstellung aller Wahlbewerber*innen für ein Amt als Mitglied des Bundesvorstandes erfolgt geschlossen vor der Durchführung des ersten Wahlganges nach § 31.

§ 30 – Kandidatur

- (1) ¹Wahlbewerber*in ist, wer seine*ihre Bewerbung nach den Vorgaben der Satzung und der Geschäftsordnung für Parteitage rechtzeitig und ordnungsgemäß gegenüber dem zuständigen Gremium erklärt hat.
- (2) ¹Jede/jeder Wahlbewerber*in hat sein/ihr Geschlecht anzugeben sowie, auf welches Amt er/sie sich bewirbt. ²Jeder/jede Wahlbewerber*in kann sich unter Berücksichtigung der Wahlreihenfolge dieser Wahlordnung hilfsweise auf weitere Ämter bewerben; Satz 1 gilt entsprechend.

§ 31 – Wahl der Vorsitzenden

- (1) ¹Die Vorsitzenden werden nacheinander in geheimer Einzelwahl nach § 19 gewählt. ²Ist eine Person zum/zur Vorsitzenden gewählt, so sind zur Wahl des zweiten Amtes des/der Vorsitzenden nur die Wahlbewerber*innen zugelassen, die nicht dem Geschlecht des/der bereits gewählten Vorsitzenden angehören.
- (2) ¹Bewerben sich Wahlbewerber*innen nur zweier Geschlechter auf das Amt der Vorsitzenden, so erfolgen die Wahlen der Vorsitzenden nach Geschlechtern getrennt in

geheimer Einzelwahl nach § 19. ²Diese Wahlen können in gemeinsamen Wahlgängen abgehalten werden.

§ 32 – Wahl des/der Schatzmeister*in

Der/die Schatzmeister*in wird in geheimer Einzelwahl nach § 19 gewählt.

§ 33 – Stellvertretende Vorsitzende

- (1) ¹In einem ersten Wahlgang stimmen die Wahlberechtigten in geheimer Wahl über jeden/jede Wahlbewerber*in einzeln ab, ob der/die Wahlbewerber*in zum zweiten Wahlgang nach den Absätzen 2 bis 5 zugelassen werden soll. ²Jede/jeder Wahlbewerber*in, der/die mehr Ja- als Nein-Stimmen erhält, ist zum zweiten Wahlgang nach den Absätzen 2 bis 5 zugelassen. ³Entspricht die Anzahl der nach Satz 1 zum zweiten Wahlgang zugelassenen Wahlbewerber*innen der Anzahl der zu besetzenden Stellen und sind die Voraussetzungen des § 17 Abs. 3 der Satzung erfüllt, so sind diese Wahlbewerber*innen gewählt. ⁴In diesem Fall ist ein zweiter Wahlgang nicht erforderlich.
- (2) ¹Die Stimmberechtigten erhalten je zwei Wahllisten. ²Auf diesen sind jeweils die zum zweiten Wahlgang zugelassenen weiblichen und diversen (Liste 1) bzw. männlichen und diversen (Liste 2) Wahlbewerber*innen in alphabetischer Reihenfolge gelistet. ³Satz 1 ist so zu lesen, dass Personen, die entsprechend § 22 Absatz 3 und § 45b Absatz 1 Personenstandsgesetz weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zugeordnet werden können (Diverse), frei entscheiden können, auf welcher der genannten Listen sie kandidieren möchten. ⁴Eine Zuordnung diverser Personen entweder zum männlichen oder zum weiblichen Geschlecht geht mit dieser Auswahl ausdrücklich nicht einher.
- (3) ¹Jede und jeder Stimmberechtigte kann auf jeder der beiden Wahllisten den jeweils gelisteten Wahlbewerber*innen Punktzahlen zuordnen. ²Es kann dabei jede Punktzahl von jeweils einschließlich eins bis zu der Zahl, die der Hälfte der Anzahl der zu besetzenden Ämter entspricht, vergeben werden. ³Jede Punktzahl kann nur einmal vergeben werden und jedem/jeder Wahlbewerber*in kann nur eine Punktzahl zugeordnet werden. ⁴Es müssen nicht alle Punktzahlen vergeben werden. ⁵Es können nur positive ganze Zahlen vergeben werden. ⁶Es können beliebig vielen Wahlbewerber*innen keine Punktzahlen zugeordnet werden.
- (4) ¹Die Zählkommission zählt die Wahlzettel separat aus und erstellt auf dieser Basis zwei Listen, auf der die Wahlbewerber*innen in absteigender Reihenfolge der erhaltenen Punkte aufgeführt sind (Punktlisten). ²Haben zwei Wahlbewerber*innen die höchste Punktzahl auf einer Punktliste erreicht, nehmen sie gemeinsam die ersten beiden Plätze der Punktliste ein. ³Haben im Übrigen zwei oder mehr Wahlbewerber*innen auf einer der Punktlisten die gleiche Punktzahl erreicht, findet zwischen diesen eine Stichwahl statt. ⁴Die Wahlbewerber*innen werden in der Reihenfolge der in der Stichwahl erhaltenen Stimmen auf die jeweilige Punktliste aufgenommen. ⁵Eine Stichwahl ist nicht erforderlich, wenn der/die obsiegende Wahlbewerber*in auf der erreichten Position nicht zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wäre.

- (5) ¹Gewählt sind jeweils die Wahlbewerber*innen, die auf den beiden Punktelisten die jeweils ersten beiden Plätze einnehmen.

§ 34 – Sonderfall

¹Für den Fall, dass mehr als die nach § 17 Absatz 3 der Satzung maximal zulässige Zahl an diversen Mitgliedern als stellvertretende Vorsitzende gewählt wären, sind nur die diversen Wahlbewerber*innen gewählt, die bei ihrer jeweiligen Listenwahl den höchsten Platz belegt haben. ²Hat im Fall des Satz 1 nur ein*e diverse*r Wahlbewerber*in bei der jeweiligen Listenwahl den höchsten Platz belegt, so findet zwischen den jeweils Zweitplatzierten der Listenwahlen eine Stichwahl im Wege der Einzelwahl nach § 19 statt, bei der gewählt ist, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. ³Anstelle der Wahlbewerber*innen, die nach Satz 1 und 2 nicht gewählt sind, sind die in der jeweiligen Listenwahl nach Stimmenzahl nachfolgenden Wahlbewerber*innen gewählt.

E | Wahlen des Schiedsgerichts

§ 35 – Wahlen des Schiedsgerichts

¹Die Schiedsrichter werden nach den Vorschriften der Schiedsgerichtsordnung in geheimer Wahl gewählt. ²Die §§ 1 bis 18 gelten entsprechend.

24e544da-a382-11ee-aab7-027c3fa0aee / 18

F | Wahl der Delegierten

§ 36 – Allgemeines

- (1) ¹Die Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag von Volt Deutschland erfolgt nach § 15 Abs. 5 Satz 1 der Satzung von Volt Deutschland auf den Landesparteitagen der Landesverbände von Volt Deutschland, soweit die Landesverbände nicht von der in § 15 Abs. 5 Satz 2 der Satzung von Volt Deutschland beschriebenen Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, die untergeordneten Gebietsverbände zur Aufstellung der Delegierten zu ermächtigen.
- (2) ¹Die Wahl der Delegierten erfolgt nach den §§ 37 und 38, soweit der Landesverband in seiner Satzung keine abweichenden Regelungen trifft. ²Weicht ein Landesverband von dem in den §§ 37 und 38 geregelten Verfahren ab, so hat er sicherzustellen, dass durch das Wahlsystem zwei Delegiertenlisten, eine männlich/diverse Liste und eine weiblich/diverse Liste gewählt werden.
- (3) ¹Die §§ 1 bis 18 sind auf die Wahl der Delegierten anwendbar. ²Abweichend von § 8 Abs. 3 können Mitglieder der Versammlungsleitung ebenfalls für ein Delegiertenmandat kandidieren.

§ 37 – Anzahl der zu wählenden Delegierten

- (1) ¹Der Landesparteitag wählt zwei fortlaufende Listen an Delegierten nach § 15 Abs. 7 der Satzung.
- (2) ¹Der Landesparteitag entscheidet nach § 15 Abs. 7 der Satzung vor Beginn der Wahl frei über die Anzahl der Listenplätze, ist jedoch dazu angehalten, zwei Listen aufzustellen, welche jeweils mindestens 50 Prozent mehr Delegierte enthalten, als der Landesverband zum Zeitpunkt der Aufstellung nach § 15 Abs. 7 Satz 2 zu entsenden erwarten kann.
- (3) ¹Soweit ein Landesverband das Recht zur Aufstellung von Delegierten nach § 15 Abs. 5 der Satzung ganz oder teilweise auf untergeordnete Gebietsverbände übertragen hat, so gelten Abs. 1 und 2 für diese Listen entsprechend.

§ 38 – Wahl der Delegierten

- (1) ¹Die Wahl erfolgt geheim in einem Wahlgang.
- (2) ¹Die stimmberechtigten Mitglieder erhalten zwei Wahllisten. ²Auf diesen Listen sind die weiblichen und diversen sowie die männlichen und diversen Bewerber*innen aufgeführt. ³Dabei sind die Bewerber*innen in alphabetischer Reihenfolge zu sortieren. ⁴Bewerber*innen mit diversem Geschlecht dürfen frei wählen, auf welcher der beiden Listen sie antreten möchten.
- (3) ¹Die stimmberechtigten Mitglieder können im ersten Wahlgang für jede*n Kandidat*in eine ganze Punktzahl zwischen null und zehn vergeben, wobei keinen Bewerber*innen mehr als eine Punktzahl zugeordnet werden darf und beliebig vielen Bewerber*innen keine Punktzahlen zugeteilt werden können.

- (4) ¹Die Zählkommission zählt die Wahllisten separat aus. ²Bewerber*innen, welche auf mindestens der Hälfte der abgegebenen Stimmzettel, auf denen für den*die jeweilige*n Bewerber*in eine Punktzahl vergeben wurde, die Punktzahl null erhalten haben, werden für die weitere Auszählung nicht berücksichtigt und sind nicht als Delegierte gewählt. ³Zur Bildung der beiden Delegiertenlisten werden die Punktzahlen der Bewerber*innen aller abgegebenen Stimmzettel addiert und entsprechend der Punktzahl in absteigender Reihenfolge sortiert. ⁴Bei gleicher Punktzahl entscheidet das Los, welches offen durch die Versammlungsleitung gezogen wird.

§ 39 bis 41 – weggefallen